

ANLAGE A4, ERKLÄRUNG GEMÄSS § 1 ABS. 2 DER FRAUENFÖRDERVERORDNUNG (FFV)

Mit der Bewerbung / dem Angebot einzureichen!

Ausschreibungstitel: [\[Klicken Sie hier, um Text einzugeben.\]](#)

Name des Bieters: _____
Adresse des Bieters: _____

Hiermit erkläre(n) ich/wir Folgendes: - Zutreffendes ankreuzen -

A. Anwendbarkeit von § 13 Abs. 1 LGG

Im Unternehmen sind in der Regel mehr als 10 Arbeitnehmer/-innen
¹⁾ beschäftigt (ausschließlich der zu ihrer Berufsbildung Beschäftigten)

- Ja
 Nein (keine weiteren Angaben erforderlich)

B. Falls ja, bitte folgende weitere Angaben:

I. Beschäftigtenzahl ¹⁾

Im Unternehmen sind in der Regel beschäftigt:

über 500 Beschäftigte (gemäß § 3 Abs. 1 FFV sind <u>drei</u> der in § 2 FFV genannten <u>Maßnahmen</u> zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen, davon <u>mindestens</u> eine Maßnahme der Nummern 1 bis 6)	<input type="checkbox"/>
über 250 bis 500 Beschäftigte (gemäß § 3 Abs. 2 FFV sind <u>drei</u> der in § 2 FFV genannten <u>Maßnahmen</u> zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen)	<input type="checkbox"/>
über 20 bis 250 Beschäftigte (gemäß § 3 Abs. 3 FFV sind <u>zwei</u> der in § 2 FFV genannten <u>Maßnahmen</u> zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen)	<input type="checkbox"/>
über 10 bis 20 Beschäftigte (gemäß § 3 Abs. 4 FFV ist <u>eine</u> der in § 2 Nr. 1 bis 20 FFV genannten <u>Maßnahme</u> zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen)	<input type="checkbox"/>

¹⁾ Bei der Feststellung der Beschäftigtenzahl ist § 23 Abs. 1 Satz 4 des Kündigungsschutzgesetzes zu berücksichtigen.

II. Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In meinem/ unserem Unternehmen wird/ werden während der Durchführung des Auftrags folgende Maßnahmen gemäß § 2 FFV durchgeführt oder eingeleitet:

1. Umsetzung eines qualifizierten Frauenförderplans	<input type="checkbox"/>
2. verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils an den Beschäftigten in allen Funktionsebenen	<input type="checkbox"/>
3. Erhöhung des Anteils der weiblichen Beschäftigten in gehobenen und Leitungspositionen	<input type="checkbox"/>
4. Erhöhung des Anteils der Vergabe von Ausbildungsplätzen an Bewerberinnen	<input type="checkbox"/>
5. Berücksichtigung von weiblichen Auszubildenden bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis zumindest entsprechend ihrem Ausbildungsanteil	<input type="checkbox"/>
6. Einsetzung einer Frauenbeauftragten	<input type="checkbox"/>
7. Überprüfung der Entgeltgleichheit im Unternehmen mit Hilfe anerkannter und geeigneter Instrumente	<input type="checkbox"/>
8. Angebot von Praktikumsplätzen für Mädchen und junge Frauen, insbesondere in Berufen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind	<input type="checkbox"/>
9. Teilnahme an anerkannten und geeigneten Maßnahmen und Initiativen, die Mädchen und junge Frauen für männlich dominierte Berufe interessieren sollen	<input type="checkbox"/>
10. Spezielle Bildungsmaßnahmen nur für Frauen, die zur Erreichung qualifizierter Positionen befähigen sollen	<input type="checkbox"/>
11. Bereitstellung der Plätze bei sonstigen betrieblichen Bildungsmaßnahmen für Frauen zumindest entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten	<input type="checkbox"/>
12. Bereitstellung der Plätze außerbetrieblicher, vom Betrieb finanzierter Bildungsmaßnahmen für Frauen mind. entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten	<input type="checkbox"/>

13. bevorzugte Berücksichtigung von Frauen beim beruflichen Aufstieg nach erfolgreichem Abschluss einer inner- oder außerbetrieblichen Bildungsmaßnahme	<input type="checkbox"/>
14. Angebot flexibler, den individuellen Bedürfnissen entsprechender Gestaltung der Arbeitszeit	<input type="checkbox"/>
15. Angebot alternierender Telearbeit	<input type="checkbox"/>
16. Möglichkeit von Teilzeitarbeit, vorzugsweise vollzeitnah, mit Rückkehroption in eine Vollzeitarbeit, auch in Führungspositionen	<input type="checkbox"/>
17. Kontakthalteangebote, Möglichkeit zur Teilnahme an betrieblicher Fortbildung, zu Vertretungseinsätzen und Rückkehrvereinbarungen für Beschäftigte in Elternzeit	<input type="checkbox"/>
18. Bereitstellung betrieblicher oder externer Kinderbetreuung, auch für Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten der regulären Kinderbetreuung	<input type="checkbox"/>
19. Bereitstellung geeigneter Unterstützung und Flexibilität am Arbeitsplatz für Beschäftigte, die Erziehungs- und Pflegeaufgaben wahrnehmen	<input type="checkbox"/>
20. Umwandlung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in mindestens Teilzeitarbeitsplätze	<input type="checkbox"/>
21. Vermeidung einer überproportionalen Verringerung des Frauenanteils an der Gesamtzahl der Beschäftigten bei Personalabbaumaßnahmen	<input type="checkbox"/>

III. Weitere vertragliche Verpflichtungen

Ich/ Wir erkläre(n) mich/ uns darüber hinaus mit folgenden Verpflichtungen gemäß § 4 FFV und §§ 13, 15, 16 des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) einverstanden:

1. Die Auftragnehmer haben das geltende Gleichbehandlungsrecht zu beachten.
2. Sofern sich die Auftragnehmer zur Vertragserfüllung anderer bedienen, haben sie sicherzustellen, dass die Unterauftragnehmer sich nach Maßgabe von § 3 FFV zur Durchführung von Maßnahmen gemäß § 2 FFV und zur Einhaltung der Verpflichtungen nach § 4 FFV bereit erklären. Eine Verletzung dieser Verpflichtung durch den Unterauftragnehmer wird den Auftragnehmer zugerechnet.
3. Auf Verlangen der Vergabestelle haben die Auftragnehmer die Einhaltung der übernommenen vertraglichen Verpflichtungen nach der FFV und BerlAVG in geeigneter Form nachzuweisen durch Gestattung des Zugangs zu oder Übermittlung von vollständigen und prüffähigen Unterlagen. Die Auftragnehmer gestatten der Vergabestelle die Kontrolle der Maßnahmen und wirken daran mit.

IV. (Erforderlichenfalls anzugeben) Rechtliches Hindernis

An der Durchführung folgender Maßnahmen unter II. bzw. an der Übernahme folgender Verpflichtungen nach III. bin ich/sind wir gemäß § 5 Abs. 2 FFV aus rechtlichen Gründen gehindert:

.....

 Begründung:.....

(auf Verlangen nachzuweisen)

Mit Einreichung dieser Anlage bestätigt der Bieter/Bewerber alle in dieser Anlage aufgeführten Erklärungen und Verpflichtungen.

Der Bieter/Bewerber ist sich bewusst, dass wissentlich falsche Angaben im Rahmen dieser Erklärung sowie Verstöße gegen darin übernommene Verpflichtungen zu Sanktionen gemäß § 7 FFV führen können.